

9, avenue de Beaulieu – CP 1229 – CH-1001 Lausanne  
Tél. +41 21 661 22 33 – Fax +41 21 661 22 34

Marktgasse 36 – CH-3011 Bern  
Tel. +41 31 311 44 08

info@plan-s.ch  
www.plan-s.ch

CCP 10-29561-9

## MEDIENMITTEILUNG

9. Juni 2009

### **Kritik an Verzögerungstaktik des Bundesrates bei Erhöhung der Entwicklungshilfe**

**Die Verzögerungstaktik des Bundesrates in der Frage der Erhöhung der Entwicklungshilfe war eine der Aktualitäten, welche die parlamentarischen Gruppe Kairo+ an ihrem Treffen am Dienstag bei PLANES in Bern behandelt hat.**

In zwei Interpellationen im National- und im Ständerat haben Mitglieder der parlamentarischen Gruppe Kairo+ beim Bund nachgefragt, wie die Schweiz dazu beiträgt, dass die im internationalen Aktionsprogramm von Kairo festgelegten Forderungen umgesetzt werden und insbesondere die Gesundheit der Mütter weltweit verbessert wird. Seit den 80er Jahren bleibt weltweit die Müttersterblichkeit trotz Millenniums-Entwicklungszielen nahezu unverändert: Jährlich sterben rund 500'000 Frauen an Komplikationen während der Schwangerschaft oder Geburt. In der Antwort des Bundesrats bekräftigt dieser zwar, dass in der Entwicklungszusammenarbeit die sexuelle und reproduktive Gesundheit zu den strategischen Schwerpunkten im Gesundheitsbereich zähle und sich die Schweiz für die Förderung gesundheitsrelevanter Menschenrechte einsetze, wozu die reproduktive Gesundheit gehöre. In der Umsetzung dieses Statements tut sich der Bundesrat jedoch schwer, wie es sich im Mai zeigte, als er entgegen der Aufforderung des National- und Ständerates keine Zusatzbotschaft zur Erhöhung der Entwicklungshilfe bis 2015 auf 0,5% vorlegte und damit die Erhöhung des Budgets blockiert.

Was es heisst, wenn Frauen zum Beispiel keinen Zugang zu Verhütungsmitteln haben, wenn sie trotz bestehendem gesetzlichem Schutz schon als Mädchen verheiratet werden und während viel zu früher Schwangerschaften bei Komplikationen und während der Geburt keine medizinische Unterstützung haben, zeigt sich am Bericht von Therese Frösch. Sie hat Anfang April auf Einladung des European Parliamentary Forums EPF an einer Studienreise zum Thema sexuelle und reproduktive Gesundheit und Rechte in Burkina Faso teilgenommen.

Unter dem Thema „sexuelle Rechte“ berichtete die St. Galler Nationalrätin Yvonne Gilli, Co-Präsidentin der parlamentarischen Gruppe Kairo+, zudem von der 42. Session der UNO-Kommission für Bevölkerung und Entwicklung, an der sie im Rahmen einer parlamentarischen Delegation des EPF teilgenommen hat. Im weiteren kommentierte die Genfer Nationalrätin Maria Roth Bernasconi als Initiantin der entsprechenden parlamentarischen Initiative den Vorentwurf eines Gesetzes zum Verbot sexueller Verstümmelungen, der zur Zeit in Vernehmlassung ist.

Kontakt: Susanne Rohner, Tel. 078 881 63 96, [susanne.rohner@plan-s.ch](mailto:susanne.rohner@plan-s.ch)  
Co-Präsidentin Yvonne Gilli, Tel 079 354 47 55, [yvonne.gilli@parl.ch](mailto:yvonne.gilli@parl.ch)